

CVP Würenlos

Parteiarbeit für die Gemeinde 2006 – 2007

Die politische Arbeit in der Gemeinde ist auf die Gemeindeversammlungen fokussiert. Entsprechend wichtig ist deren Vorbereitung in den Parteiversammlungen.

Vorbereitung in der CVP-Versammlung vom 30. November:

Die Budgetgemeindeversammlung wirft keine sehr hohen Wellen. Das Thema Pensionskasse (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat) ist dafür zu kompliziert, die Transformatorenstationen, Pumpwerke und Zonenplanänderungsdetails zu selbstverständlich. Und das Budget selber sieht vorerst harmlos aus. Aber beim genaueren Hinsehen (wer sieht eigentlich genauer hin?) ist bei einer ganzen Anzahl von Positionen ein schlecht begründetes, aber überproportionales Wachstum festzustellen, weshalb die Parteiversammlung Präsident Rolf Fehr beauftragt, in der Gemeindeversammlung entsprechende Reduktionsanträge zu stellen, von denen aber schliesslich leider nur einer durchkommt. Die CVP sieht der kommenden grossen Schuldenentwicklung mit Besorgnis entgegen. Ein zweites wichtiges Traktandum betrifft die Einführung von Tagesstrukturangeboten im Familienhaus. Der gemeinderätliche Antrag ist ungenügend abgefasst. In Zusammenarbeit mit dem Familienhausverein wird ein CVP-Antrag formuliert und an der Gemeindeversammlung erfolgreich angenommen.

Vorbereitung in der CVP-Versammlung vom 23. Oktober:

Der Gemeinderat zieht zwei grössere Traktanden in eine a.o. Gemeindeversammlung vor, die Neueinführung von Schulsozialarbeit und die Nachführung der Wasser-/Abwasser-bezogenen Werkreglemente. Die CVP hält den Schulsozialdienst für wichtig, erwartet aber Opposition von den anderen Ortsparteien. (Genau so läuft es dann an der Gemeindeversammlung. Aber dank der gut begründeten Voten von Schulpflege, CVP, einigen Lehrern und der Gruppierung "Eltern mit Wirkung" stimmt die Gemeindeversammlung grossmehrheitlich zu.). Die Nachführung der Werkreglemente und eine massive Erhöhung der Wasserzinsen sind an sich unbestritten. Ein CVP-Antrag auf Staffelung der besonders grossen Erhöhung der Anschlusskosten für Neubauten wird abgelehnt.

Vorbereitung in der CVP-Versammlung vom 6 Juni:

Die Rechnungsabnahme und die meisten anderen Traktanden sind völlig unbestritten. Völlig ungewohnt und ausserordentlich ist hingegen das Traktandum Alters- und Pflegeheim, denn es wurde nicht vom Gemeinderat, sondern von einer Volksinitiative mit über 500 Unterschriften verlangt. Der Gemeindeversammlungs-Beschluss über den Projektierungskredit für das Projekt Ikarus wurde zwar 2003 praktisch einstimmig gefasst. Inzwischen vergingen aber vier Jahre wegen nachbarlichen Einsprachen, so dass langsam Unmut in der Bevölkerung und Unsicherheit bei einzelnen Behördenmitgliedern entstand. Also ergriff der Verein Alterszentrum die Initiative, um Klarheit zu schaffen. Die CVP unterstützte den Druck auf den Gemeinderat, das Projekt Ikarus weiterhin mit allen Kräften zu fördern. Die Weiterführung von Ikarus und die entsprechenden Zusatzanträge der CVP werden in der Gemeindeversammlung haushoch angenommen.

Vorbereitung in der CVP-Versammlung vom 4. Dezember:

Dem Budget mit dem Steuerfuss von 99% und den meisten anderen Anträgen des Gemeinderates kann zugestimmt werden. Nicht einverstanden ist aber die CVP mit der beantragten, aber praktisch wirkungslosen Unterstützung des Vereins WIKI (Kinderkrippe und Kinderhort), dem allzu grosszügigen Ausbau der Gipfstrasse und der Beschaffung eines Leckortungssystems für die Wasserversorgung (statt rascherer Leitungserneuerung). Die Anträge der CVP für eine familienfreundlichere, aber kostenlimitierte Lösung bei der Kinderkrippenbenützung und für einen Verzicht auf einen Superausbau des obersten Sektors 3 bei der Gipfstrasse werden anschliessend von der Gemeindeversammlung mit grossem Mehr den gemeinderätlichen Anträgen vorgezogen.

Vorbereitung in der CVP-Versammlung vom 31. Mai:

Rechenschaftsbericht und Rechnung 2005 bieten keine besonderen Diskussionspunkte. Die Partei kann allen Anträgen des Gemeinderates zustimmen..Dass die "grossen Pendenzen" in der Gemeinde (Alterszentrum und Sportplatz) nicht vorwärts kommen, geht nicht aufs Konto des Gemeinderates, sondern allein zu Lasten weniger, aber umso hartnäckigerer Einsprecher und jahrelanger Verzögerungen vor höheren Gerichtsinstanzen.